

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 1/21

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ausblick auf 2021: Mülheims Zukunft noch im dicken Nebel?

Endlich? Endlich!

Was kommt nach dem fast
Das böse Erwachen oder
Oder ist das die falsche
diese Frage: Für wen und
das andere, müsste es hei-
Schlimmer geht immer!
Zumutungen aus 2020 als
Nur ein schwindelerregendes Beispiel: Kurz vor dem verstümmelten Weihnachtsfest verkündete die geschiedene Frau des Amazon-Chefs, dass sie persönlich schlappe 3,4 Milliarden (!) US-\$ spenden werde für die Millionen Verarmten in den USA, quasi aus der Portokasse. Das hilft den Armen, damit auch sie sich endlich warme Kleidung von Amazon bringen lassen können oder zum Valentinstag ein üppiges Essen von Lieferando&Co! Die online-Dienste werden die neue Bleibe der vielen Entlassenen in den USA unter der Brücke oder im Auto sicherlich finden!



2020 ist vorbei!

verlorenen Jahr der Pandemie?
die Rückkehr zur Normalität?
Fragestellung: Zutreffender ist eher
was kommt das eine und für wen
ßen! Für nicht wenige wird gelten:
Für andere aber erwiesen sich die
eine wahre Goldgrube!

Mülheim 2020 - ein verlorenes Jahr?

JAHRESRÜCKBLICK der WAZ Ende Dezember: *"Mülheim 2020: Das waren die wichtigsten Themen: Corona, Kommunalwahl, Gewerbeflächen, die Entwicklung des Tengelmann-Areals, Polizeiskandal in der Wache Mülheim - diese Themen haben Mülheim fast das gesamte Jahr beschäftigt...."* Die WAZ hatte einen langen Überblick der wichtigsten Nachrichten und Entwicklungen des Jahres in unserer Stadt zusammengestellt.

**Kein Thema im
allerdings der
Missachtung des
B ü r g e r -
Ist das etwa be-
Deutschland, denn
kratie endgültig zu
und es regt zur Zeit
Warum sollte die
Mülheimer WAZ**



**WAZ-Jahresrückblick war
VHS-Skandal und die
deutlichen und eindeutigen
entscheids 1 Jahr zuvor!**

zeichnend für die Lage in ganz
mit Corona wurde die Demo-
einem der größten Verlierer
kaum noch jemand auf.
Demokratiefrage bei der
als wichtig angesehen werden?

Doch es bleibt wichtig, wie das mit der VHS weitergeht. Dazu ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen und spätestens mit dem Ende der Corona-Maßnahmen wird die Notwendigkeit einer geeigneten Volkshochschule in Umbruchzeiten mit vielen Zusammenbrüchen und neuen Aufgabenfeldern nicht zuletzt bei Weiterbildung und Integration wichtiger denn je. Der Notbehelf Aktienstr. taugt dafür wenig im Gegensatz zu unserer VHS in der MüGa. **Unabhängig von dem VHS-Problem auf den folgenden Seiten weitere Rück- und Ausblicke 2020/2021:**

Auf den folgenden Seiten:

- Mülheimer Haushaltsplanung: "Es fährt ein Zug nach Nirgendwo?"S. 2
- Demokratie MH auf die Rote Liste der bedrohten Arten? S. 3
- Vom Corona-lockdown zum knockdown? Mülheimer Taxi-Unternehmen beklagen 90 % Umsatzminus S. 4

Einlegeblatt: Vorderseite: Wie geht es weiter in 2021? DIW fürchtet Pleite-Tsunami

Rückseite: "Mülheim: Eine (nicht ganz ernst gemeinte) Jahresvorschau" der WAZ

Mülheimer Haushaltsplanung: "Es fährt ein Zug nach Nirgendwo?"

Im Rat am 17. Dezember brachte Kämmerer Mendack den Etatentwurf 2021 ein. Weil Mülheim dafür als Stärkungspaktkommune ca. 30 Mio. € Extra-Landeszuschuss erhalten will, muss laut Vorgaben der Etat 2021 eigentlich bis Ende Nov. 2020 beschlossen sein. Deshalb sollte der Etat in der 1. Ratssitzung nach der Kommunalwahl am 4. Nov. eingebracht, dann in allen Ausschüssen, Bezirksvertretungen etc. beraten und im Dez. verabschiedet werden. Das war bereits eng, doch bereits im Okt. gab der Kämmerer an, wegen Corona könne er frühestens am 17. Dez. einen Etatentwurf vorlegen. Das Land stimmte zu und war einverstanden, wenn bis Ende Feb. ein Haushalt beschlossen würde, was die Auszahlung der Stärkungspakt-Millionen nicht gefährde. Soweit, so gut und alles coronabedingt nachvollziehbar, auch wenn es längst den Boden der Seriösität verlassen hat.

Nun liegt also der Haushaltsentwurf für 2021 vor.

Die kleine Großstadt Mülheim/Ruhr mit etwas über 172.000 Einwohnern war bereits vor Corona unangefochten NRW-Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit ca. 11.500 €/Kopf, hatte über 2 Milliarden Schulden, über 1,2 Milliarden Kassenkredite ("Kredite zur Liquiditätssicherung") und noch schlimmer ein negatives "Eigenkapital" von über 600 Mio. €, d.h. eine hoffnungslose bilanzielle Überschuldung. Laut Bertelsmann-Studie war sie zudem die deutsche Großstadt mit dem höchsten Verschuldungstempo im vergangenen Jahrzehnt.



Der Kämmerer beklagte bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2021 wenig überraschend die immensen Steuerausfälle und Mehrausgaben, die aus dem massiven Herunterfahren des Lebens zur Pandemiebekämpfung herrührten. Und er begrüßte, dass die Rettungsschirme von Bund und Land viele dieser mind. 80 Millionen ausgeglichen hätten, doch fehle immer noch die Übernahme der 2 Milliarden Altschulden. Die Grundsteuer könne nicht gesenkt werden, aber es müssten Gewerbeflächen in großem Stil ausgewiesen werden, um mehr Gewerbesteuer einnehmen zu können. Die vor Jahren von Schwarz-Rot-Grün beschlossenen ÖPNV-Kürzungen um

jährlich 7 Mio. € würden auf 2023 oder 2024 verschoben werden und überhaupt: Wäre Corona nicht dazwischen gekommen, wäre man auf einem guten Weg gewesen, blabla

Und das Wichtigste: Die zusätzlichen Haushaltslöcher durch Corona dürften aus dem Haushalt ausgegliedert ("isoliert") und auf 50 Jahre getilgt werden, genau wie das Land NRW es auch tut. So war denn das Gesamtergebnis seiner Einlassungen, dass er einen genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt habe, denn durch die Corona- und Wirtschaftskrise werde ein ausgeglichener Haushalt nur um 1,2 Jahre verzögert.

Kurzum: Durch die Möglichkeit, die coronabedingten riesigen neuen Haushaltslöcher per Schattenhaushalt quasi bis zu 50 Jahre lang in quasi-Quarantäne zu isolieren, konnte der Kämmerer im Wesentlichen alles fast genau wie in den Vorjahren darstellen.

Doch irgendwie vernachlässigen die Ausführungen des Kämmerers 2 wesentliche Realitäten:

- 1.) Die Coronakrise ist der größte Einschnitt in Wirtschaft und Leben seit dem Kriegsende. Weil gleichzeitig für den Klimaschutz ganze Industriezweige taumeln, werden das Ruhrgebiet und nicht zuletzt auch Mülheim sogar bei einer Erholung der Wirtschaft Deutschlands durch einen großen Modernisierungsschub und Strukturwandel mit am stärksten bluten, da z.B. viele Zulieferbetriebe für die Automobil- und Stahlindustrie nicht überleben werden.
- 2.) Die bisherige katastrophale Mülheimer Misswirtschaft aus den Jahren vor Corona wäre auch bei Wegfall aller Altschulden nicht auf Dauer sanierungsfähig und würde in wenigen Jahren wieder riesige Schuldenberge auftürmen. **Deshalb wären dringend strukturelle Änderungen vonnöten wie**
 - ◆ Gutachteritis, Luftschlösser, Prestigeprojekte u.ä. schnellstens zu beenden bzw. zu begrenzen, ob weitere Ruhrbania-Baufelder, Abriss Hochstr. Tourainer Ring, VHS-Verlagerung uswuf..
 - ◆ Verkauf oder besser Tausch der RWE-Aktien gegen medl- oder RWW-Anteile
 - ◆ unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West umzuorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen, u.a. alsbaldiger gemeinsamer ÖPNV
 - ◆ Sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen wie JSG, MST, M&B usw. und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten

Demokratie MH auf die Rote Liste der bedrohten Arten?

Mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erlebt die westliche Demokratie ihre größte Schwächung seit dem Ende des letzten Weltkriegs, und zwar global, regional und lokal im Großen wie im Kleinen. Mit Pandemiebeginn war in China das Aufbäumen einer riesigen Demokratiebewegung in Hongkong jäh beendet, das Durcheinander in den USA, Südafrika, Brasilien usw. wurde als Schwäche der Demokratien empfunden, während selbst völlig abgewirtschaftete Diktaturen wie in Venezuela sich stabilisieren konnten, Rest-Demokratien wie auf den Philippinen zu brutalen Diktaturen mutierten und selbst in Deutschland die Exekutive auf allen Ebenen mit einer ununterbrochenen Abfolge von immer neuen Notverordnungen durchregiert, was die Parlamente immer nur nachträglich abnicken konnten und können. Nach einem Dreivierteljahr hat man sich an bequeme Willkür derart gewöhnt, dass diese nicht mehr nur im Zusammenhang mit Corona zur Regel geworden ist. Dass tägliche Infektionszahlen, Todesfälle von und mit Corona und ein Dauerchaos an immer neuen "Schutzmaßnahmen" alles überlagern, macht es auch vielen, vor allem Cyberkriminellen einfacher als normal, läßt selbst Riesenskandale wie Wirecard im Windschatten verblasen uswusf.....Das wirkt sich selbst auf die untersten Ebenen aus, wie auch in Mülheim zu sehen ist:

Erstes Beispiel: Der missachtete Bürgerentscheid zur Wiederinbetriebnahme der bewährten VHS in der MüGa.

Es war skandalös, als die Ratsmehrheit sich auf Anraten des Kämmerers vor 1 Jahr weigerte, die Umsetzung des eindeutigen Bürgerentscheids in die Wege zu leiten. Ohne die alles überlagernde Corona-Politik wäre das ein zentraler Punkt vor und bei den Kommunalwahlen im September gewesen. War es aber nicht und vor allem Grüne und Buchholz wurden für ihr demokratieschädigendes Verhalten sogar noch mit Stimmenzuwächsen "belohnt". Auch nach den Wahlen bisher kein Zeichen einer Kurskorrektur.

Zweites Beispiel: Die Rücknahme der Veränderungssperre zur Bebauung der ökologisch sensiblen Flächen am Schultenberg in Holthausen

Am 8.12. war die 1. Sitzung Planungsausschuss nach der Kommunalwahl, u.a. mit TOP 5 – *Bebauungsplan "Schultenberg / Oesterwindweg – H 20"* hier: *Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 44*, welche im Juni erst einstimmig im Rat beschlossen worden war. Nun sollte der Investor, dessen Bauvorhaben in dem hoch sensiblen Gebiet verhindert werden sollten, doch bauen dürfen. Einzig gegen die MBI-Stimme nickte der Ausschuss das ab, womit der vorherige Ratsbeschluss zur Farce degradiert wurde! **Man glaubt es kaum! Vor den Kommunalwahlen so und danach sofort das Gegenteil!**

Insgesamt stellte die Beschlussvorlage den Sachverhalt ohnehin nicht vollständig dar. Die Bewertung läßt wesentliche Aspekte, wie die noch zu erwartenden Erkenntnisse aus dem Bebauungsplanverfahren, außer Acht. Die Ziele zum Schutz von Natur und Landschaft, insbesondere zum Schutz des Bachlaufes am Schultenberg, bleiben z.B. unberücksichtigt. Doch wen interessieren in Coronazeiten Argumente.

Drittes Beispiel: Die Ratssitzung am 17. Dezember

Ab dem 16.12. hatten Bund und Land einen harten lockdown verordnet. Für die am 17.12. angesetzte Ratssitzung sollte also eine Notlösung her, was aber erst am 15. Dez. den Ratsmitgliedern mitgeteilt wurde. **Weil Gebührensatzungen und Hebesatz für Grundsteuer unbedingt vor Jahresende beschlossen werden müssen, musste der Rat in irgendeiner Art und Weise tagen, auch der Etatentwurf musste eingebracht werden.** Angedacht war zuerst eine Drittel-Besetzung, wobei 1 Ratsmitglied für 3 stimmen kann. Irgendwie ist das nicht grundgesetzkonform, denn jede/r gewählte Volksvertreter/in ist einzig und nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich. Weil die 3 Fraktionslosen verständlicherweise strikt dagegen waren, war guter Rat für den Mülheimer Rat "teuer". Nach den unscharfen Corona-Bestimmungen des Landes NRW könnte auch ein Hauptausschuss mit der Beschlussfassung beauftragt werden. Doch auch das ginge nicht problemlos, denn ein Rat kann sich nicht einfach zu einem Hauptausschuss erklären ohne Einladung, TO usw.. Gerichtsfeste Gebühren- und Steuerbescheide sind so schwer möglich. Also tagte der gesamte Rat mit Mundschutz, großen Abständen und Lüftungspausen in der Stadthalle. Niemand hatte sich halt rechtzeitig um Alternativen gekümmert. WAZ und Mülheimer Woche kritisierten, wie denn ein Stadtrat derart die Volksgesundheit gefährden könne. Die Mülheimer Woche berichtete ganzseitig in dem Artikel "*Musste das sein? Ärger um eine Ratssitzung mit vollem Plenum*" und ließ dann die Grünen, die CDU, die SPD und die "PARTEI" ellenlang sich darüber aufregen. Die Beiträge von CDU und Grünen triefen nur so vor geheuchelter Sorge. Doch: Weder im Vorfeld, noch in der Sitzung selber gab es großen "Ärger", auch keine Dispute o.ä., Alle haben sich wohl längst daran gewöhnt, nur auf Verordnungen von oben zu warten. **Irgendwie ist Demokratie nicht kompatibel mit Corona-lockdowns, oder?**

Vom Corona-lockdown zum knockdown? Bspl. Taxifirmen: Mülheimer Taxi-Unternehmen beklagen 90 % Umsatzminus

Aus der Dauerserie: Hätte man nur früher auf die MBI gehört

Corona setzt auch den Mülheimer Taxifahrern zu: Sie haben mit Umsatzeinbußen von bis zu 90 Prozent zu kämpfen. Finanzielle Hilfen kommen kaum an, **Pleiten nächstes Jahr drohen. Dabei haben auch die Taxiunternehmen aufwendige Corona-Schutzmaßnahmen durchgeführt.**

Randolf Stephany, Taxi-Unternehmer in Mülheim, zeigt auf einem WAZ-Foto in seinem elektrisch angetriebenen London-Taxi die Schutzausstattung gegen die Verbreitung des Coronavirus. Eine fest verbaute Plexiglaswand trennt Fahrer und Fahrgäste. WAZ vom 21.12.: *"Mülheimer Taxi-Unternehmen beklagen 90 Prozent Umsatzminus"*

Die MBI hatten bereits Anfang November in einem Schreiben an alle Ratsfraktionen auf die Problematik hingewiesen und gemeinsames Handeln angemahnt. Reaktion bis auf eine grüne Ratsfrau Null komma null. Ende November stellten die MBI deshalb den Antrag für die Sitzung des zuständigen Ausschusses für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung am 3. Dezember 2020 für Rederecht für den Taxiunternehmer Stephany zur Erläuterung seines Antrags auf Änderung der Taxitarife. Doch Verwaltung und Politik wollten darüber nicht reden und verschoben alles aufs nächste Jahr.

Zur Erinnerung der MBI-Antrag:

Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung am 3. Dezember 2020

Betr.: Rederecht für den Taxiunternehmer Stephany zur Erläuterung seines Antrags auf Änderung der Taxitarife

Herr Stephany hat einen Entwurf eines Tarifantrags erarbeitet, siehe Anhang. Eine Tarifänderung müsste im BSO am 3.12. beraten und am 17.12. im Rat beschlossen werden.

Die MBI-Fraktion beantragt daher, einen Punkt "Taxitarife" in der Tagesordnung aufzunehmen, bei dem auch der Antrag von Herrn Stephany zur Beratung vorgelegt wird, er Rederecht erhält, um seine Vorstellungen darzulegen und für Nachfragen zur Verfügung steht.

Der Ausschuss möge dann im Anschluss darüber befinden, wie mit seinem Antrag umgegangen werden soll und was seitens des BSO dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen werden soll.

Begründung

Taxibereitstellung gehört zur Daseinsvorsorge und es besteht daher Beförderungspflicht. Auch das Taxigewerbe kommt zusehends in Schwierigkeiten. Zwei größere Problemfelder sind dabei offensichtlich: Aufgrund der Corona-Maßnahmen sind Nachtstunden dicke Zusatzgeschäfte und die bevorstehende Mindestlohnerhöhung wird mit den bisherigen Tarifen kaum noch zu bewältigen sein.

Möglicherweise wird die Stadt um Tarifänderungen nicht herumkommen, sofern sie nicht einen Defizit-ausgleich übernimmt, was aber bei der gegebenen Haushaltslage schwer zu machen sein dürfte. Ob und inwieweit dazu die Vorschläge von Herrn Stephany geeignet sind bzw. welche Punkte geändert, gestrichen oder ergänzt werden sollten, muss letztendlich der Rat am 17.12. entscheiden. Deshalb ist es wichtig, dass der vorberatende BSO sich eine fundierte und qualifizierte Meinung bilden und als Empfehlung weitergeben kann. Und dazu ist ein direkter Austausch mit Herrn Stephany unerlässlich.

Mülheim ist immer für Aufsehenerregendes gut!

So verschlafen die kleine Großstadt inmitten größerer Großstädte oft auch wirkt, immer wieder sorgt Mülheim für bundesweite Schlagzeilen. Zuletzt gerieten z.B. WhatsApp-Gruppen der Polizisten in der Nebenstelle von-Bock-Str. durch rechte Inhalte ins Visier des Staatsschutzes. Das führte zu Suspendierungen, Wiedereinstellungen, vor allem aber zu Dauerdiskussionen bundesweit über **Staatstreue der Polizei.**

Dann gab es den **schlimmen Tanklasterbrand** auf der A 40 bei Styrum, wonach die Eisenbahnbrücke abgerissen und neu errichtet werden musste. Autobahn und Bahnstrecke wurden wochenlang gesperrt.

Tengelmann-Chef Karl-Erivan Haub kam von einer Bergtour in Zermatt im April 2018 nicht zurück. Der Verkauf der Zentrale des Weltkonzerns in Speldorf war lange schwierig, weil er nicht für tot erklärt werden konnte, und es gab Streit um die Milliarden Erbschaft. Unauffindbare Millionen und eine Geliebte aus Russland ließen nun drei Jahre nach seinem Verschwinden Zweifel aufkommen, dass der Tengelmann-Chef wirklich tödlich verunglückte. **Hollywood hätte sich kaum einen besseren Krimi ausdenken können, oder? Glück für Mülheim, dass das Areal an eine seriöse, kooperationsbereite Firma verkauft wurde. Was aber ist, wenn der ex-Chef des Familienunternehmens wieder auftaucht?**

Wie geht es weiter in 2021? DIW fürchtet Pleite-Tsunami Pandemie kostet Deutschland 391 Milliarden Euro

Die demnächst abgängige Kanzlerin bezog sich in ihrer Neujahrsansprache fast nur auf die Corona-Pandemie als angebliche "Jahrhundertaufgabe" und sie rief zum "Durchhalten" auf. Viel wichtiger wäre es, darüber zu reden, wie es für viele Menschen, für Wirtschaft, Demokratie usw. weitergehen kann nach den dramatischen Einschnitten! Im Tagesspiegel stand dazu:

*"Mehr als 200 Milliarden Euro hat die deutsche Volkswirtschaft durch die Corona-Pandemie bereits verloren. Bis März wird es fast doppelt so viel sein, hat das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** berechnet. Wird der Lockdown dann nicht aufgehoben, drohen katastrophale Folgen, die Jahre anhalten könnten.*

*Die deutsche Volkswirtschaft hat bisher durch die Corona-Pandemie mehr als 212 Milliarden € verloren. Am Ende der Krise werden es 391 Milliarden € sein, wie das DIW für die "Welt am Sonntag" berechnet hat. Das DIW ging dabei von der Annahme aus, dass die Infektionszahlen im Frühling wieder sinken. Die Ökonomen verglichen das tatsächliche und prognostizierte Wachstum mit dem sogenannten Potenzialwachstum für die Jahre 2020 bis 2022. Dieses drückt aus, wie stark die Wirtschaft ohne die Pandemie gewachsen wäre. "Sollten wir es bis März nicht schaffen, die Infektionszahlen deutlich zu drücken, wäre das eine Katastrophe", sagt DIW-Präsident Fratzscher der Zeitung. Es würde dann Jahre dauern, bis sich Europa und insbesondere das stark vom Export in die Eurozone abhängige Deutschland erholten. **Dann drohe ein Pleite-Tsunami, hieß es. Arbeitslose hätten es schwer, eine neue Stelle zu finden.***



Einigkeit über Rekordabsturz

Bevor es zu einer möglichen Erholung kommt, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute



für dieses Jahr einen Rekordabsturz. Das ifo-Institut rechnet wegen der Corona-Krise mit einem historischen Einbruch von 5,1 Prozent im zu Ende gehenden Jahr. "Wegen des neuerlichen Shutdowns bei uns und in anderen Ländern verschiebt sich die Erholung nach hinten", sagte Ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser zuletzt. "Erst Ende 2021 wird die Produktion von

Waren und Dienstleistungen ihr Vorkrisenniveau erreichen."

Ab Frühjahr soll die Konjunktur Tritt fassen, wenn Corona-Schutzimpfungen und milderer Wetter die Pandemie wieder eindämmen dürften und der Lockdown beendet werden sollte. Dazu sollen etwa die Verbraucher beitragen, die wegen ausgefallener Reisen oder dem erzwungenen Verzicht auf Restaurantbesuche etwa 100 Milliarden Euro gespart haben dürften, wie Wollmershäuser schätzt. Zumindest ein Teil dieser "zurückgestauten Kaufkraft" könnte 2021 in den Konsum fließen und die Erholung unterstützen.

Einig sind sich die Ökonomen darin, dass der Winter für die Wirtschaft hart wird. Wegen des seit November geltenden Teil-Lockdowns und der mindestens bis 10. Januar geltenden Verschärfung der Infektionsschutzmaßnahmen dürfte sie wieder schrumpfen. Das Essener Institut RWI rechnet mit einem Minus von 1,7 Prozent allein im laufenden vierten Quartal."

WAZ, 1.1.21: "MÜLHEIM Trotz Corona und Mülheims Schuldenberg: Es gilt, optimistisch ins neue Jahr zu blicken. Das Mülheimer Jahr 2021 wird doch sicher dem Bürgerwillen folgen: Was aus der VHS wird, wie der neue OB punktet, lesen Sie (auszugsweise) in der satirischen Jahresvorschau.

"Mülheim: Eine (nicht ganz ernst gemeinte) Jahresvorschau"

Januar. Tata! Der Koalitionsvertrag ist da. CDU und Grüne lassen weißen Rauch aus ihren Parteizentralen aufsteigen. Meilensteine aus dem Koalitionspapier: 1. Zehn neue Windräder für Mülheim, aber nur auf Flächen in Dümpten und Styrum. 2. Flughafen-Betrieb über 2034 hinaus, aber nur mit Papierfliegern, die die Frischluftversorgung des Rumbachtals nicht durchschneiden. 3. Zehn neue Baugebiete für Gutbetuchte, die Einkommensteuereinnahmen versprechen.....

März. Widerwillig stapft Kämmerer Frank Mendack aus dem Rathaus und über die Schloßbrücke zum VHS-Gebäude in der Müga. Heute ist Besichtigungstermin mit dem Architekten Dietmar Teich, einem von ihm hinzugezogenen Gutachter und OB Buchholz. Mendack, auch Herr der städtischen Immobilien, hatte im Vorfeld noch versucht, sich mit einer Notlüge, der Schlüssel für die VHS sei ihm abhanden gekommen, zu winden. Alles erfolglos. Als das Quartett das Denkmal betreten will, ist das Staunen groß: Die VHS ist verbarrikiert und besetzt, und das offenbar schon länger. Die Kommunalwahlstrategen der Satirepartei "Die Partei" haben tatsächlich hier ihre Parteizentrale eingerichtet. Hier herrscht nun der "OB der Herzen": Rocker Andy Brings. Die Besichtigung? Auf unbestimmte Zeit verschoben.

April. Dritter Lockdown nach kurzem Aufatmen bei der gemeinsamen Eiersuche am Ostersonntag in der Müga. Aus der Not heraus legt OB Marc Buchholz früher als geplant seine Digitalisierungsstrategie für das Rathaus vor. Erste Maßnahme: Fortan keine Präsenz-Ratsitzungen mehr, sie werden mittels Künstlicher Intelligenz virtuell ersetzt. Dafür hatten die Ratsmitglieder im Vorfeld Tonaufnahmen gefertigt mit ihren Positionierungen zu wichtigen Themen der Stadtentwicklung. "Ich will denn mal sagen...", beginnt die erste virtuelle Sitzung mit den Worten des OB, da fällt ihm direkt ein Zwischenruf der Künstlichen Intelligenz von MBI-Urgestein Lothar Reinhard ins Wort: "Wir haben schon immer auf die Probleme hingewiesen, die sich mit Ruhrbania auf tun. Auch bei der VHS..." Es gibt Beratungsbedarf. Die Sitzung wird vorzeitig abgebrochen.

Juni. Die SWT VerwaltungsGmbH, Eigentümerin des Hauptpost-Areals zwischen Forum und Hauptbahnhof, präsentiert ihre Baupläne. Es soll über das Areal eine riesige Glaskuppel gesetzt werden, als Antwort auf den Klimawandel. Im Innern sind Tausende Beatmungsgeräte für Innenstadt-Bewohner installiert, damit diese sich dort im Falle einer weiteren Bebauung im Rumbachtal und am Flughafen "gegen eine geringe Gebühr", wie der Investor verspricht, Frischluft ziehen können.

Juli. Der Bundestagswahlkampf startet mit einem Eklat und gegenseitigen Schuldzuweisungen der Parteien. Überall in der Stadt sind Plakate von Kandidaten abgehängt. Ein Unbekannter hat die gesammelten Photoshop-Retuschen über die gesamte Stadt verstreut neben Altpapiercontainern deponiert. Der Staatsschutz ermittelt, RTL Explosiv ist in der Stadt. Schließlich beweisen die neuen Mülldetektive ihren Spürsinn. Die Spuren führen nach Saarn. Dort wird denn auch ein ehemaliger OB- und aktueller Bundestagskandidat auf frischer Tat ertappt. Er streitet die Taten, zu denen er mit Lastenrad aufgebrochen war, nicht mal ab.

November. Nur nebenbei bemerkt: Wegen der letzten Corona-Massenimpfungen ist die Bundestagswahl um zwei Monate verschoben worden. Am Wahlabend kommt es zu einem Kopf-an-Kopf-

